

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

167 (21.7.1922)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 30 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 30 M; in der Geschäftsstelle und bei untern Karlsruhern Ablagen abgeholt 27 M monatlich. Einzelnummern 1.50 M. Ausgabe: Mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenfr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 123; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einseitige Kolonelle 3.40 M, auswärts 4.—M. Die Reklamezeile 15.—M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefluß 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Finanzkontrolle

Der fürchtbare Ernst im Stande der Reparationsfrage

Der Auswärtige Ausschuss im Reichstag hat am Mittwoch vormittag unter dem Vorsitz Dr. Stresemanns eine vertrauliche Sitzung. Nach einem Vortrag des Reichsfinanzministers über amerikanisch-deutsche Entschädigungsverhandlungen erstattete Reichsfinanzminister Hermes Bericht über die Verhandlungen mit dem Garantiekomitee. Da diese Verhandlungen erst am Dienstagabend abgeschlossen worden sind, konnte die Reichsregierung weder schon einen genauen schriftlichen Bericht, noch Beschlüsse des Ausschusses vorlegen. Wie man hört, machten die Mitteilungen über die Bedingungen der Entente bezüglich der Finanzkontrolle auf die Ausschussmitglieder einen starken Eindruck und offenbarten den ganzen fürchtbaren Ernst der neuen Reparationsfrage. Der Ausschuss erklärte, angesichts der ganzen Lage in Berlin versammelt bleiben zu wollen und wird am Freitag seine Beratungen fortsetzen. In dieser Sitzung sollen auch rheinische Fragen, die mit dem Reparationsproblem und den neuesten Vorstößen des französischen Imperialismus zusammenhängen, beraten werden.

Zwischen der deutschen Regierung und dem Garantiekomitee werden Verhandlungen geführt, über die in deutschen und französischen Blättern mangelnde Blauzettelberichte berichtet worden ist. Die französischen Geheimnisse müssten natürlich am besten, daß die ganze deutsche Volkswirtschaft unter Zwangsverwaltung gestellt wird. Es würde dann zwar viel schlechter arbeiten und die Aussichten Frankreichs, etwas bezahlt zu bekommen, wären viel schlechter, aber der imperialistische Ehrgeiz wäre befriedigt. In Deutschland hingegen ist es Blätter, die es für ihre wichtigste Aufgabe halten, aufregende Nachrichten über Gewaltpläne der Entente zu verbreiten, mögen sie richtig oder falsch sein. So haben deutschfranzösische Blätter des Reichs den Inhalt der Verhandlungen eines Teils des deutschen Industriekapitals in Form von Aktien gefordert und denen die deutsche Regierung zugestimmt haben soll. Davon ist nichts wahr.

Darauf muß man sich allerdings gefaßt machen, daß wir von der Reparationskommission kein Moratorium bekommen werden, wenn wir nicht zuerst Unterorganisation, dem Garantiekomitee, das den deutschen Finanzen bis in alle Winkel durchsucht. Es wird sich dabei nur um ein Recht des Garantiekomitees handeln, sich über die Dinge zu unterrichten, nicht aber um ein Recht, in sie einzugreifen. Dazu fehlen dem Garantiekomitee selbst nach der Konstitution des Vertrages von Versailles die Kompetenzen. Wenn das Garantiekomitee sich damit befähigt, die deutschen Finanzen bis in alle Einzelheiten zu untersuchen und wenn ihm dazu jede gewünschte Gelegenheit geboten wird, so wird man das als die Arbeit einer Art von Expertenkomitee oder Studienkommission zu betrachten haben, die an ihre vorgelegte Behörde, das ist die Reparationskommission, Bericht zu erstatten hat.

Was uns da zugemutet wird, ist gewiß ein äußerst peinlicher Vorgang. Es geht dem Deutschen Reich so wie dem zahlungsunfähigen Schuldner, der dem Gläubiger seine Bücher zeigen und seine gesamte Habe bis zum Inhalt der Geldbörsen und zur Taschengeld vorweisen muß. Eine längere Ententepolitik würde auf solche Prozeduren, die das Nationalgefühl kränken müssen, nicht bestehen. Das Deutsche Reich wird sich ihnen aber nicht entziehen können, wenn es den Nachweis erbringen will, daß alle Vorwürfe, es hätte die Interessen seiner Gläubiger geschädigt, unberechtigt sind. Man muß auch annehmen, daß die Arbeit des Garantiekomitees in irgend einer nicht zu fernem Zeit abgeschlossen sein und eingestellt werden wird. Denn ein Ueberwachen der deutschen Verwaltung mit ausländischen Ueberwachungsorganen als Dauerzustand wäre nicht zu ertragen. Auch im Ausland wird diesen Zustand niemand wünschen, der einen dauernden Frieden will auf dem Boden der Gleichberechtigung der Völker, auf dem er allein möglich ist.

Bayern und das Reich

Vor ersten inneren Ereignissen in Bayern

Die endgültige Annahme des Gesetzes zum Schutze der Republik scheint in Bayern eine unvermeidliche Krise heraufzubeschwören. Zur Landesausstellung der Bayerischen Volkspartei am Freitag schreibt der „Regensburger Anzeiger“, daß die Partei seit ihrem Besuche noch nie so schwere Entscheidungen zu fällen hatte. Das Zentralorgan der Partei, der „Bayerische Kurier“, spricht sogar allen Ernstes von der kommenden Landtagsauflösung und deren Auswirkung auf das neue Kräfteverhältnis der Parteien. Der Bund der Landwirte fordert die Regierung auf, die beschlossene Reichsgesetz für Bayern als unwirksam zu erklären. So stehen in Bayern kritische Tage bevor. Die Haltung der Demokraten und des Bauernbundes in dem kommenden Konflikt zwischen reichstreuen und reichsfeindlichen Elementen ist noch nicht geklärt. Die Frage, ob es zur Trennung vom Reich kommt oder nicht, wird weniger von der Regierung, als von den Führern der Bayerischen Volkspartei abhängen. Das Verhalten ihrer Presse läßt nichts Gutes erwarten, obwohl sie vor dem letzten Schritt zweifellos zurückzudenken werden.

Während das Ministerium seit heute morgen in Stundenlangen Beratungen mit dem bayerischen Reichsgeheimrat in Berlin zusammen ist, besinnen sich die Köpfe der republikanischen Reichs-

Die Verhandlungen mit dem Garantiekomitee

Berlin, 20. Juli. Amtlich wird mitgeteilt: „Im Verfolg des Notenwechsels vom März, April und Mai 1922, zwischen der Reparationskommission und der deutschen Regierung hat sich das Garantiekomitee am 20. Juni zu Beratungen mit der deutschen Regierung und zum Studium der Fragen, die sich auf die Nachprüfung des Budgets (Einnahmen und Ausgaben), auf die Bekämpfung der Kapitalflucht und auf die Statistik beziehen, nach Berlin begeben. Für diese Beratungen wurden vier Unter Ausschüsse gebildet und zwar je einer für die Einnahmen, für die Ausgaben, für die Kapitalflucht und für die Statistik. Die Mitglieder des Garantiekomitees haben mit den deutschen Vertretern in zahlreichen Sitzungen verhandelt.“

In den Unter Ausschüssen für Einnahmen und Ausgaben haben die deutschen Vertreter Auskunft erteilt über das Verfahren bei der Veranlagung und Erhebung der verschiedenen Steuern, über die Aufstellung des Budgets, das Verordnungsverfahren, sowie über die Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung von Steuerhinterziehungen. Sie haben hierbei auch die im Haushaltsplan vorgesehenen Ausgaben näher erläutert. Man hat sich darüber verständigt, daß die Vertreter des Garantiekomitees künftig durch das Reichsfinanzministerium nach näheren Vereinbarungen regelmäßige Informationen über die Einnahmen und Ausgaben erhalten und daß ihnen die Möglichkeit gegeben wird, sich über die einschlägigen Bestimmungen und ihre Anwendung vorläufig zu unterrichten. Das Reichsfinanzministerium richtet einen zentralen beweglichen Kontrolldienst ein und wird dem Garantiekomitee die Möglichkeit geben, sich von Zeit zu Zeit von der Wirksamkeit des deutschen Kontrolldienstes zu überzeugen.

In dem Unter Ausschuss für Kapitalfluchtbekämpfung wurden zunächst die bestehenden Bestimmungen dargelegt. Im Verlaufe der Erörterungen wurden die Grundzüge für weitere Maßnahmen zur Bekämpfung, um die Kapitalflucht in den verschiedenen Formen, welche sie annehmen kann, zu treffen. Das Garantiekomitee hatte das Ergebnis dieser Arbeiten in ein Memorandum zusammengestellt, das in einer Schlussung am 18. Juli der deutschen Regierung überreicht wurde. Da die Vereinbarung darüber feststeht, daß keine der in dem Memorandum vorgesehenen Maßnahmen die Souveränität der deutschen Regierung antasten, den geordneten Gang der deutschen Verwaltung stören und das Geheimnis der deutschen Steuerpflichtigen verletzen würde, hat die deutsche Regierung vorbehaltlich einer schriftlichen Beantwortung mitteilen lassen, daß sie dem Inhalt dieses Memorandums beitrifft.“

In Paris wird das Garantiekomitee schon heute über das Ergebnis der Verhandlungen in Berlin einen Bericht an die Reparationskommission erhalten. Von deutscher Seite soll die offizielle Zustimmung zu dem Inhalt des Memorandums durch eine Note ausgedrückt werden, die aller Voraussicht nach am Samstag oder Sonntag in Paris überreicht werden dürfte, da die Reichsregierung selbstverständlich Interesse daran hat, zu einer baldigen definitiven Abmachung über die von der Reparationskommission erhobenen Forderungen zu kommen. Schon die Möglichkeit, die noch ausstehende Beantwortung des deutschen Memorandums zu gewinnen an einer Bescheinigung; kann es dann kein Zweifel darüber bestehen, daß schon die Bewilligung eines Zahlungsaufschubs, viel mehr aber die von uns immer wieder mit Nachdruck verlangte Eintragung des Reparationsproblems von dem Inkrafttreten des in französischen Kreisen mit dem unzutreffenden Wort „Finanzkontrolle“ bezeichneten Nachprüfungsinstanz abhängen wird. Die Veröffentlichung des von dem Garantiekomitee ausgearbeiteten Memorandums ist in diesen Tagen zu erwarten. Es wird natürlich auch dem Reichstag vorgelegt werden und zunächst den Gegenstand der Beratungen des Auswärtigen Ausschusses bilden, der zu diesem Zweck nochmals einberufen werden ist.

wehrt die Landtage des Herrn v. Nahr und des Kronprinzen Rupprecht bei Verdachtsgeboden, um deren Kräfte bei einem etwaigen Konflikt mit dem Reich frisch zu erhalten. Die Bayerische Staatszeitung meldet, daß in außerordentlichen Übungsübungen bayerische Truppen telegraphisch aus den Mandaren in ihre Standorte zurückgerufen wurden, wo sie bereits einetroffen sind oder heute noch eintreffen werden.

Der „Miesbacher Anzeiger“ scheint das Gesetz zum Schutze der Republik förmlich herauszufordern zu wollen durch einen Artikel, in dem er den Wort an Rathenau verbietet als eine „schlechte und wertlose Tat, die von der Weisheit gewürdigt worden wäre, wenn die Wörder sich selbst dem Gericht gestellt hätten“. Er macht sich lustig über „jämmerliche Weisheit, die Heuchelei und die Feigheit“, mit der sich die Reichsparteien um die Wurdelat herumdrücken, die Parteien, denen es sicher lieber gewesen wäre, wenn sich Rathenau bei einem Autounfall das Genick gebrochen oder wenn ihn der Schlag getroffen hätte“. Die Reichsführung auf dem Münchener Hauptbahnhof verleiht dieses Blatt neuerdings wieder mit „Zugstumpfen“. Dieser Artikel wird ein Präzedenzfall dafür sein, ob es der bayerischen Regierung, die bis jetzt auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten nur linksstehende Blätter verboten hat, mit der Durchführung des Gesetzes zum Schutze der Republik gegen rechts ernst ist.

Von der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft

Vertreter der Reichstagsfraktionen der deutschen demokratischen Partei, der deutschen Volkspartei und des Zentrum trafen am Mittwoch zusammen, um die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft zu prüfen. Die Besprechungen ergaben Einigkeit darüber, daß eine Arbeitsgemeinschaft der verfassungstreuen Mitte geschaffen werden soll, daß diese jedoch weder die Selbständigkeit der einzelnen Fraktionen aufheben, noch einen Bürgerblock im Gegensatz zur sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft darstellen soll. Die beabsichtigte Arbeitsgemeinschaft soll dazu dienen, auf der Grundlage der bestehenden republikanischen Verfassung die deutsche Politik nach außen und innen stetiger und feher zu gestalten und die parlamentarischen Arbeiten zu vereinfachen und zu erleichtern. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Das italienische Kabinett gestürzt

Rom, 20. Juli. Die „Frankf. Hg.“ berichtet: Das Kabinett Facta ist nach einem Mißtrauensvotum der Kammer von 288 gegen 103 zurückgetreten.

Die neu geschaffene Lage ist sehr verwickelt. Die Abstimmung erfolgte über eine Tagesordnung, die den Führer der Popolari, Longinotti, welche der Regierung vorwirft, daß sie die innere Politik nicht erreicht habe. Dieses Mißtrauensvotum war nicht nur von heterogenen Elementen wie den Popolari und mehreren demokratischen Gruppen gemeinsam eingebracht, sondern es stimmten dafür auch solche Antipoden wie die Faschisten und Sozialisten. Für die Regierung traten nur Nationalisten, Agrarier und rechtsliberale Giolittianer ein.

Diese Verwirrung erschwert die Orientierung zur Lösung der Krise. Geplant ist die Bildung eines Kabinetts der Linken Orlando-Moda, welches unter hervorragender Teilnahme der Popolari, sowie stillschweigender oder aktiver Unterstützung der Sozialisten regieren würde. Diese Ansicht wird erschwert durch die Faschisten, welche die Rückkehr Giolittis wünschen und gewalttätige Opposition androhen. Angesichts der zahlreichen Konflikte und politischen Streits in Piemont, Ligurien und den Marken, wäre allerdings baldige Entspannung notwendig. Auch die sozialistischen Differenzen über die „Kollaboration“ sowie Uneinigkeiten unter den Demokraten erschweren die Krise.

Die große Not in Wien

Wien, 20. Juli. Abordnungen von Betriebsräten der größten Betriebe Wiens überreichten der Regierung eine Reihe von Forderungen, darunter solche auf Verhinderung aller spekulativen Rohstoffkäufe und einer dementsprechenden Ueberwachung der Banken, Verbot aller Luxusfahrten und neue Festsetzung des Brotpreises. Der Führer der Abgeordneten, Präsident Seitz, wies auf die durch die Teuerung geschaffene fürchtbare Lage der Arbeiterschaft hin. Der Bundespräsident stimmte den Forderungen im Namen der Regierung zu. Ein allgemeines Verbot der Luxusfahrten sei jedoch nicht möglich, sie soll jedoch möglichst eingeschränkt werden. Auch die Zurückziehung der nicht von der Regierung verfügten Brotpreiserhöhung sei unmöglich. Der Bundespräsident glaube überdies, daß die bereits ergriffenen Maßnahmen schon in den nächsten Tagen zu einem Sinken der Preise führen wird.

Immer neues Material gegen die Mordorganisationen

WV. Mülner, 20. Juli. Auf Grund von Anzeigen, daß die Ortsgruppe Mülner des verbotenen Bundes der Aufrechten weiter bestche, fanden Hausdurchsuchungen statt, bei welchen verbotenes Material aufgefunden und beschlagnahmt worden sein soll. Der Schriftführer der Ortsgruppe Mülner wurde festgenommen, jedoch nach Vernehmung seitens des Gerichts, da Mordüberdacht oder Verdunkelungsgefahr nicht vorlag, wieder auf freien Fuß gesetzt.

Kampforganisationen gegen die Gewerkschaften

Berlin, 20. Juli. (Privattele.) Die Zentralstelle der vaterländischen Verbände hat nach der „Täglichen Rundschau“ eine besondere Abteilung zum Schutze der Arbeit eingerichtet, um Arbeitnehmer bei Terrorfällen mit Schadenersatz zu unterstützen und ihnen Rechtschutz zu leisten.

Es handelt sich hier um Kampforganisationen gegen die Gewerkschaften und um Gebilde, die im Auftrage und mit Unterstützung der Unternehmerverbände bei Arbeitskämpfen gegen die Arbeiter wirken sollen.

Die Schule und die Festigung der Republik

WV. Berlin, 20. Juli. Auf Einladung des Reichsministers des Innern an die Unterrichtsminister der Länder fand am 19. d. M. eine Besprechung über Maßnahmen statt, die zum Schutze und inneren Festigung der Republik von den Unterrichtsverwaltungen der Länder zu treffen sind. Die Richtlinien die von dem Reichsminister des Innern vorgelegt wurden, fanden mit geringfügigen Änderungen die Zustimmung der Konferenz. Sie beziehen sich einerseits auf die Ausgestaltung des staatsbürgerlichen Unterrichts, die Umgestaltung der Lehrbücher und Lehrpläne, sowie die Ausbildung und Fortbildung der Lehrer aller Schulstufen, andererseits auf Maßnahmen der Schulordnung und Disziplin. Die Veröffentlichung der Richtlinien wird in der nächsten Zeit erfolgen.

Politische Reinigungsarbeit in Preußen

Das Preussische Staatsministerium hat, wie die „P.P.N.“ von zutüftlicher Stelle erfahren, in seiner Sitzung am Dienstag beschlossen, die folgenden Regierungspräsidenten aus allgemeinen politischen Gründen in den einflussreichen Ruhestand zu versetzen:

Herrn von Gersdorff (Merseburg),
Herrn von Schmeling (Stettin),
Herrn von Groening (Koblenz),
Herrn Freiherr von Dalwigk zu Lichtefeld (Machen),
Herrn Graf von Meerwert (Münster),
Herrn Dr. Kuffner (Gildesheim).

Die Ursache zu den umfangreichen Personalveränderungen in den preussischen Regierungen liegt darin, daß die betreffenden Regierungspräsidenten den bewaffneten Rechtsorganisationen keine genügende Aufmerksamkeit geschenkt oder eine Beteiligung der Schutzpolizei daran zugelassen haben.

Die vakanten Stellen werden teils durch Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrumsmänner und Volksparteier besetzt werden.

Gleichzeitig wird sich das Staatsministerium mit weiteren Vorschlägen des Innenministeriums für die Durchführung der Gesetze zum Schutze der Republik in Preußen zu beschäftigen haben. Das Innenministerium ist entschlossen, die Entschärfung des Landtages, wonach die leitenden Stellen in Verwaltung und Justiz nur zuverlässigen Republikanern übertragen werden sollen, zur Durchführung zu bringen. Das nächste Eingreifen des preussischen Innenministeriums dürfte sich auf die Besetzung einer größeren Anzahl von Landratsämtern in Ostpreußen beziehen, wo in einer großen Anzahl von Fällen festgestellt wurde, daß die Landratsämter noch immer der antirepublikanischen Propaganda sind.

Die Abstimmungen über die Schutzgesetze

S.P.D. Die Abstimmungen über die namentlichen Abstimmungen im Reichstage zu den republikanischen Schutzgesetzen zeigt, daß für das Gesetz zum Schutze der Republik die Unabhängigen, die Sozialdemokraten, die Demokraten und Zentrum einmütig gestimmt haben. Gegen das Gesetz haben gestimmt: die Deutschnationalen, die Kommunisten, die bayerische Volkspartei, die Westen und der bayerische Bauernbund mit Ausnahme seines Fraktionsmitgliedes Reichsfinanzminister Fehr. Ein großer Mißgung durch die Deutsche Volkspartei. Der größte Teil ihrer Mitglieder stimmte für das Gesetz, so die Abgeordneten, Dr. Kahl, v. Karberg, Kempkes, Stresemann, Dr. Mittelmann, Dr. Mohr, Frau v. Scheinb., Nipster, Dr. Nieber, Dr. Scholz u. a. Enthaltend haben sich die Volksparteier Adams, Geisler, Kaufhäuser und Frh. v. Kersner. In der Abstimmung beteiligten sich nicht die Volksparteier Dr. Becker (Hessen), der demokratisch den Saal verließ, Dr. Gremer, Cunow, Dr. Curtius, Daus, Böhrich, Dr. Moldenhauer, Dr. Quast, Dr. Piper. Auch der Demokrat Hamm, der bayerischer Handelsminister ist, verließ vor der Abstimmung den Saal.

Bei der Abstimmung über das Gesetz über die Mächten der Beamten zum Schutze der Republik war das Bild etwas anders. Für das Gesetz stimmten die Kommunisten, die Unabhängigen, die Sozialdemokraten, die Demokraten und das Zentrum. Gegen das Gesetz stimmten die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, der Demokrat Hamm, die Bayerische Volkspartei, der Bayerische Bauernbund und die Westen. Auffallend ist, daß der deutschnationale Abg. Dr. Graef (Thüringen), einer der übelsten Gesellen auf der Rechten, der die Deutschnationale Fraktion bei diesen Gesetzen im Rechtsausschuß führte, der Sitzung nicht beiwohnte und seit seiner letzten Provokationsrede im Reichstag überhaupt nicht mehr gesehen wurde.

Die Auffindung der Rathenau-Mörder

Saalck als Unterschlupf

Die Berliner Polizei hat jetzt die Identität der beiden Personen, die sich auf der Burg Saalck erschossen haben, mit den Mördern Rathenaus festgestellt. Wenn man dem „N.“ glauben darf, war es hohe Zeit, daß der Schlupfwinkel der Attentäter aufgefunden gemacht wurde. Das Blatt schreibt:

Wäre die Entdeckung des Schlupfwinkels der Mörder nur einige Stunden später erfolgt, so wären sie wieder entflücht, denn sie hatten, wie bereits festgestellt ist, durch Telephon Fühlung mit Mänschen genommen. Von dort waren schon mehrere Helfer mit Geldmitteln und falschen Pässen nach Saalck unterwegs. Die Helfer sollten Kern und Fischer auch andere Kleider bringen und Johann beide, aber getrennt, über die sächsische-slawische Grenze bringen. Die beiden Touristen, die an der Burg Saalck vorbeikomenden, hatten tags zuvor in Naumburg die öffentlichen Anschlagblätter und Personalien Kerns und Fischers gesehen und hatten auf ihre Frage, wann die Burg Saalck gehe, erfahren, daß der Besitzer Dr. Stein seit längerer Zeit verstorben sei. Als sie nun an der Burg Saalck vorüberkamen, entdeckten sie in einem oberen Turmzimmer Licht. Die

Neugierde trieb sie an, das Fenster einige Zeit zu beobachten und sie glaubten, in den Gesichtern, die sie dort sahen, eine Ähnlichkeit mit den Bildern der Mörder Rathenaus zu erkennen. Sie eilten nun zurück nach Naumburg und benachrichtigten die Kriminalpolizei, die mit Unterstützung der Schutzpolizei die Burg umzingelte. Nach dem „N.“ steht auch fest, daß Kern seinerzeit den Oberleutnant Dittmar aus dem Gefängnis befreit hatte. Damals spionierte er als Unterschlupf für ihn die Burg Saalck aus, wo Dittmar sich dann auch längere Zeit verborgen hielt. Als Kern und Fischer von der Polizei verfolgt seinen Ausweg mehr wußten, muß Kern der Gedanke gekommen sein, nach Saalck zu fliehen. Die Rolle, die der Bewohner der Burg, Dr. Stein, seinerzeit gespielt hat, als die beiden Rathenau-Mörder dort Unterschlupf fanden, ist noch nicht ganz aufgeklärt.

Saalck, 19. Juli. Nach den letzten Ermittlungen steht fest, daß Kern sich nicht selbst erschossen hat. Er wurde vielmehr von den Beamten der Sächsischen Polizei erschossen, die — weil sie sich durch die Repetierpistolen der Mörder bedroht sahen, nach den Feuern hinaus schossen. Eine Kugel durchschlug die Schildecke des Kern. Er muß, wie die Scharbestimmung ergeben hat, sofort zu Boden gestürzt sein. Fischer hat ihn daraufhin auf das im Räume stehende Bett gelegt und versucht, das fliehende Blut zu stillen. Kern verstarb jedoch anscheinend gleich, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben. Das mag Fischer so deprimiert haben, daß er die Waffe gegen sich selbst richtete und sich den Tod gab. Er sah auch wohl ein, daß ein Entkommen nicht mehr möglich war.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Flüchtigen unterwegs, nachdem sie Wismar verlassen hatten, Helfershelfer gefunden haben, die sie mit Lebensmitteln und neuen Kleidern versorgten. Es ist auch bereits gelungen, festzustellen, in welchen Ortschaften sich Kern und Fischer zuletzt aufgehalten haben. Im Zusammenhang damit stehen einige jetzt erfolgte Verhaftungen.

Badische Politik

Mehr Wohnungen, weniger Vergnügungsräume

In einem Rundschreiben des Reichsministers an die Regierungen der Länder vom 18. Juli heißt es u. a.: In der Presse ist in letzter Zeit wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Eröffnung von Vergnügungsräumen (Zielen, Bars, Nachtclubs, Spielclubs usw.) in größeren Städten überhand nehmen und daß sie vielfach in Räumen eingerichtet seien, die als Wohnräume oder zur Unterbringung anderer Gewerbebetriebe Verwendung finden könnten. Diese Vermehrung der Vergnügungsräume halte ich mit Rücksicht auf den Mangel an Wohnungen und Gewerberäumen für durchaus unerwünscht. Ich gestatte mir, noch besonders darauf hinzuweisen, daß auch der Reichsrat bei der Abänderung des Entwurfs eines Gesetzes gegen Schlemmerei Maßnahmen gegen die fortschreitende Umwandlung von Wohn- und gewerblichen Räumen in Vergnügungsräume gefordert hat. Ich wäre daher dankbar, wenn die Wohnungsverhältnisse auf die bestehenden Mängel nachdrücklich hinzuweisen und veranlassen würden, die Genehmigung von Mietverträgen zur Unterbringung betriebl. Betriebe regelmäßig dann zu verweigern, wenn die Räume für wohnungstüchtige Personen, oder für andere volkswirtschaftlich wichtige Gewerbebetriebe Verwendung finden können, oder in Ausnahmefällen die Genehmigung nur zu erteilen, wenn ein Geldbetrag zur Herstellung entsprechender neuer Wohn- oder Geschäftsräume gezahlt wird.

Zur Wohnungsnot in Baden

Anlässlich einer Sonderrechnung des Statistischen Landesamts über den neuesten Stand der Wohnungsfrage hat sich ergeben, daß der Wohnungsbedarf in den letzten Monaten ganz erheblich zugenommen hat. Nach dem Ergebnis der letzten Erhebungen im Oktober 1920 wurde der dringende Bedarf an Wohnungen mit rund 18 400 Neubwohnungen zu decken gewesen; nach der vom Statistischen Landesamt in Nr. 6 der „Statistischen Mitteilungen“ veröffentlichten Statistik hat sich der Wohnungsbedarf bis 1. Januar d. J. auf rund 26 500 d. i. 44,3 Proz. gesteigert. In der Stadt Mannheim allein mangelt es an 5200 oder einem Fünftel (19,6 v. H.) der im ganzen Lande als dringend notwendig anerkannten Wohnungen. Heidelberg bedarf zur Steuerung der dringendsten Wohnungsnot der Schaffung von 3000 (11,3 v. H.) neuen Wohnungen. Die Stadt Karlsruhe benötigt dringend einen Zugang von 2200 (8,3 v. H.), Pforzheim von 1000 (3,8 v. H.), Konstanz von 800 (3,0 v. H.) Wohnungen. Selbst in sämtlichen rein landwirtschaftlichen Amtsbezirken, wie beispielsweise Engen, Pfundendorf, Adelsheim, Vuchsen ufw. herrscht Mangel an dringend notwendigen Wohnungen. Daß in Erkenntnis des Ernstes der Lage Reich, Länder und Gemeinden redlich be-

müht sind, der Wohnungsnot durch Förderung von Neubauten zu steuern, ist hinlänglich bekannt. In der Tat sind im Jahr 1921 im ganzen mehr neue Wohnungen erstellt worden als im Jahr 1914; in den ersten 5 Monaten des laufenden Jahres ist eine weitere Steigerung des Wohnungszuwachses gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 40,3 Proz. eingetreten.

Die Teuerung in Baden

Die Teuerung nimmt von neuem zu. Interessante zahlenmäßige Angaben hierüber enthält die neueste Nummer der vom Statistischen Landesamt herausgegebenen „Statistischen Mitteilungen“. So stieg vom Mai auf Juni d. J. der Preis für 1 Pfund Brot in Mannheim von 3,57 M auf 3,90 M (im Juni 1914 kostete dort 1 Pfund Brot 16 Pfg.), in Karlsruhe von 3,44 M auf 3,87 M, in Pforzheim von 3,50 M auf 3,95 M, in Heidelberg von 3,40 M auf 3,87 M ufw. Ebenso haben die Preise für Milch, Fleisch, Eier, Kohlen usw. wiederum gewaltig angezogen. Die Teuerungszahlen von 50 badischen Gemeinden, die den Aufwand für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung einer 4köpfigen Familie darstellen, sind gleichfalls stark in die Höhe gegangen, z. B. in Engen um 31,8 v. H., in Waldshut um 28,2 v. H., in Säckingen um 24 v. H., in Wehr und Weil um 21,2 v. H., in Konstanz um 20,4 v. H. ufw. Für Mannheim und Karlsruhe sind vom Statistischen Landesamt erstmals Teuerungszahlen unter Einbeziehung der Teuerungszahlen berechnet worden. Neuer berechnete die Statistischen Mitteilungen, daß die Teuerungsziffer um 9,2 v. H. gestiegen ist, die Landesindizes um 11,9 v. H., und die Mannheimer Indizes um 17,5 v. H.

Die schlechte soziale Lage der Rechtsanwälte

Lam dieser Lage auch im Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung des badischen Landtags zur Sprache da im Hinblick auf den vom Ausschuss beratenen Gesetzentwurf über die Änderung des Grundbuchwesens und der rechtlichen Stellung der Notare ein Gehalt der badischen Anwaltskammer am Erwerb von Rechtsanwaltschaften zu Urkundennotaren vorlag. Es war vorgeschlagen worden, in dem Entwurf über die freiwillige Gerichtsbarkeit und das Notariatwesen den § 4a so zu fassen:

„Neben den beamteten Notaren kann Rechtsanwaltschaft das Amt eines Notars versehen werden. Sie führen die Besorgung öffentlicher Notar, sind aber keine Staatsbeamte.“ Für die Eingabe trat ein sonstigem Vertreter, der selbst Rechtsanwalt ist und daher die Lage des Anwaltsstandes am besten kennt, in längeren Ausführungen ein. Für den Anwaltsstand handle es sich nicht nur um eine materielle, sondern auch um eine ideale Angelegenheit. Die Rechtspflege habe alles Interesse daran, daß der Anwaltsstand erhalten bleibe. Zur Zeit sei die Lage der Anwälte eine sehr ungunstige. Man müsse sie von allen Sondergerichten, Schlichtungsausschüssen, Gewerbe- und Kaufmannsgerichten aus und nehme auf der anderen Seite unentgeltlich ihre Dienste bei der Armenpflege usw. in Anspruch. Das sei unbillig. Die Städte sollten hier helfend eingreifen. In Preußen Sachsen, Württemberg, Hessen und anderen Staaten habe man den Wünschen der Anwälte auf diesem Gebiete Rechnung getragen. Der Anwalt wolle nicht, daß er zu einem Notar gehe, sondern daß der Anwalt seine Sache zu Ende führe. Man sollte das Gesetz unbedingt einer Prüfung unterziehen und in Anknüpfung an die bestehenden Gesetze nicht verfahren.

Der Berichterstatter Abg. Rieger (Str.) gab zu, daß die Lage der Rechtsanwaltschaft sich durch die vermehrte Prozessführung, die Vermehrung der Schiedsgerichtsstellen, des Danieberten von Handel und Industrie usw. tatsächlich verschlechtert habe. Die Bewahrung des Gesetzes könne er aber nicht befürworten, da dies mit der beamteten Stellung der Notare nicht in Einklang zu bringen wäre. Er stellte folgenden Antrag:

Auf die Eingabe des Vorstandes der badischen Anwaltskammer vom 2. Juni d. J. wolle der Landtag den **Rebergesetzentwurf** zur Tagesordnung beschließen.

Der Antrag wurde mit 15 gegen 2 Stimmen angenommen.

Der Anwaltsminister hatte bemerkt, daß die Urkundenfähigkeit bei dem Notar verbleiben müsse. Es sei nicht möglich, dem Gesetze stattzugeben. — Ein Zentrumsmann erklärte, ein demokratischer Redner sprach sich ebenfalls gegen die in der Anwaltskammer eingeleiteten Vorschläge aus.

Verkehr mit Getreide aus der Ernte 1922. Das badische Getreide- und Verordnungsblatt Nr. 53 enthält u. a. eine Verordnung des Ministeriums des Innern betr. Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922. Die Verordnung besagt u. a.: In Baderien und Profabrikten darf aus dem ihnen vom Kommunalverband geliefertem, Mehl nur Brot in Stücken von 750 Gr. und 1500 Gramm in der vom Kommunalverband vorgezeichneten Zusammenfassung hergestellt, gefertigt und vertrieben werden. Es muß das vorgezeichnete Gewicht am Tage nach der Zerstückelung aufweisen. Außerdem dürfen Baderien und Profabrikten aus diesem vom Kommunalverband geliefertem Mehl in der gleichen Mischung wie es für die Herstellung von Grobrot zu verwenden ist, Kleinrot im Gewicht von 100 Gramm herstellen, feilbieten und vertreiben.

Vom Verband der Weisenräte, Mitglieder der Inventurbehörden und Schärer wird uns geschrieben: Am 28. Juli soll

Hinter Pflug und Schraubstock

Skizzen aus dem Taschenbuch eines Ingenieurs

Von Max Eyth

(Fortsetzung)

Es ist in Ägypten nicht leicht, einen guten Pflanz zu erhalten. Die Luft ist zu trocken, so daß für ein üppiges Wachstum mancher Pflanzen selbst die reichlichste Bewässerung nicht genügt. Die Gärten von Schubra jedoch waren, damals wenigstens, als die schönsten des Landes berühmt und verdienten diese Bezeichnung. Allerdings gab ihnen nicht bloß die Pflanzenwelt ihren eigenartigen Reiz. In dem geheimnisvollen, himmelblauen Palast am Nilufer, der sie nach der einen Seite begrenzte, ahnte man eines der schönsten Darms des Orients. Am entgegengesetzten Ende des Gartens lag, von einer Säulenhalle umgeben, ein ebenso großartiges als herrliches Marmorbau. In der Mitte des Parks erhebt sich die glänzende Gabel, zu deutsch: das Berggipfel, eine dicht bewaldete Erhöhung, deren Gipfel ein großer, echt orientalisches Pavillon krönt. Derselbe besteht aus einem Mittelteil in hundert arabischer Ornamentik, unter dessen Puppeldach ein Springbrunnen plätschert. Durch jede der vier Seitenöffnungen führt ein Ausgang ins Freie, an den sich rechts und links je zwei kleine Zimmer anschließen, wahre Schatzkammern, welche die Platanen von Taufendundeine Nacht ausschmücken. Rings um diesen Bau führt eine lustige, marmorgeschaltete Veranda, in deren vier Ecken je ein solitäres französisches Billard stand. Hier pflegte Halim seine Besuche zu empfangen. Von militärischen Wachposten war nichts zu sehen, obgleich er damals Kriegsminister war; dagegen hatte man auf der schattigen Marmorterrasse, die nach der Veranda hinaufführte, zwischen zwei schwarzen indischen Pantherfellen und weiter oben zwischen einem bengalischen Tiger und einem jubanesischen Löwen emporzustiegen, die zum Glück kurz angebunden waren. Oben traf man ein halbes Dutzend Mameluden in schwarzen Stambukrüden und roten Turbanen, die flüsternd unter sich oder mit einem persischen Wazir, dem offiziellen Spielmittler des Hofstaats, Schach spielten. Sonst herrschte eine tiefe, feuchtschwüle Stille, wozu nicht der kleine Elefant hinter der Gabeln trompetete, oder ein Kadav im dichten Buschwerk von Bananen

und Tamarisken trachtete, oder auch die Willardhügel am entfernteren Ende des Pavillons zusammenschlugen.

„Halt! Spielte nämlich nach seinem Morgenritze gerne eine Partie Willard, und damit beschäftigt traf ich ihn auch heute. Sein Gegner war ein Engländer namens Noß, ein früherer Reiteroffizier, der den Arimkrieg und den berühmten Ritt bei Balafawa mitgemacht hatte. Jetzt war er Direktor des ägyptisch-englischen Geschäftshauses Briggs u. Co. in Alexandria. Das Haus hatte die Agentur für Fülber übernommen. Ich kannte deshalb Noß gut, der mir eifrig „Guten Morgen!“ grüßte.“

„Von jour, Monsieur Eyth!“ rief der Prinz. „Spielen Sie auch Willard?“

„Noß so gut, als ich reite“, antwortete ich, denn wir hatten uns über diesen Punkt schon früher unterhalten. Er behauptete nämlich, ich sitze zu Pferd wie die alten Römer, und ich meinte, das könne nicht schlecht sein, denn sie pflegten ohne Bedenken vom Esro bis an den Euphrat zu reiten. Ein paar freizügige Willardstöße unterdrückte das Gespräch, das überhaupt nur stoßweise geführt wurde.“

„Wie geht der Dampfzug heute?“

„Nicht schlecht, Monseigneur! Wir kommen morgen in ein neues Feld, wenn es den Tag über so fortgeht.“

„Inshallah! Ihr Holzhebel zum Zeitwischen ist eine großartige Erfindung, hat aber dagesen einen meiner Felladen den Arm abgeklappt. „Majisch“, es macht nichts, sagte mir der Wazir heute früh. Er läuft schon wieder herum. — Was — Sie wollen uns verlassen?“

„Ich bin an die Indier verkauft, Hoheit“, sagte ich wüstgenut.“

„Wie — Sie gehen gern?“

„Nicht ungerne, obgleich mir der Nil so lieb ist wie der Ganges.“

„Soprissi!“ Der Ausruf des Prinzen galt nicht mir, sondern dem Willard. Major Noß hatte ein paar gute Stöße gemacht. Die drei Wälle lagen für ihn aber jetzt sehr ungunstig, der seine in der entfernten Ecke, das Band berührend. Pflösch legte er sich von selbst in Bewegung, ließ erst langsam, dann immer schneller über das ganze Willard und tarantolierte mit den andern, wie es der beste Spieler nicht besser hätte wünschen können.

„Da haben wirs wieder!“ rief Halim ärgerlich. „Es ist unerträglich, Haßfall! Abdallah-Manjur!“

Er ließ die in die Hände. Die sechs Mameluden stürzten herbei. Sie wußten offenbar bereits, was sie zu tun hatten, küßten hoben mit vereinten Kräften das Willard an dem vom Prinzen bezeichneten Ende, der letzte Jakob drei Spielarten unter das freigelegte Weid.

„Sehen Sie“, sagte er zu mir, „diese Komödie haben wir alle Tage. Jeden Morgen lasse ich die Tisch genau einstellen, und jeden Mittag stehen sie wieder schief. Macht es die Feuchtigkeit im Boden oder die Hitze in der Luft: der Allmächtige mag es wissen. Die Marmorplatten heben und senken sich aus irgendeinem gelehrten, physikalischen Grunde, und mein Freund Noß gewinnt das Spiel mit Hilfe der unterirdischen Mächte. Was sagen Sie dazu?“

Da ich nichts zu sagen wußte, schüttelte ich entrüstet den Kopf.

„Apropos“, fuhr er fort, „ich habe schon öfter daran gedacht: Sie könnten mir einen Gefallen tun. Konstruieren Sie mir ein Willardstein, das ich selber mit einem Hund um einen oder um ein paar Millimeter länger oder kürzer machen kann. Das sollte ein Ingenieur fertigbringen.“

„Das sollte er in der Tat, Hoheit!“ erklärte ich zuversichtlich.

„Sehr gut! Bringen Sie mir morgen Ihre Idee. Dann wollen wir Freund Noß zeigen, was Willardspielen heißt. Kommen Sie, Noß! Sehen wir nach dem Willard, der meine Kraber schlagen soll.“ Dies bezog sich auf Pferde und eine Wette zwischen Halim und Noß, die sich seit Monaten darüber stritten, ob ein englisches Pferd an der Seite eines arabischen eine Wogellenjagd aushalten könne. — „Auf morgen also, Monsieur Eyth!“

Noß winkte mir lebhaft zu, ohne daß ich verstand, was er mir telegraphieren wollte. Zu Erklärungen war keine Zeit. Beide, Halim voran, die sechs Mameluden hinterher, schritten rasch die Treppen der Gabeln hinunter und verschwanden im Gebüsch des Parks. Ich blieb allein, sog mein Notizbuch aus der Tasche und flüsterle die reich ornamentierte Ecke des Willards, um meinen noch etwas nebelhaften Plan zum mindesten plausibel durchzuführen zu können. Dann ging auch ich.

(Fortsetzung folgt.)

nach einem Vertrauensmännerauschuss der Landtag geschlossen werden. Der Verband der Weisenräte, Mitglieder der Inventurbörsen und Schöher erwartet vertrauensvoll eine Debatte im Landtag über die unzeitgemäße Entlohnung der genannten Verbandsmitglieder. Anzeichen ist die Hoffnung leider vergebens. — Nach den Zeitungsberichten soll in nur wenigen Tagen noch ein ganz gewaltiges Stück Arbeit von den Landtagsabgeordneten erledigt werden. Da verbleibt natürlich keine Zeit mehr sich mit Angelegenheiten zu befassen, die die Lage unseres Verbandes auch nur einigermaßen verbessern könnten. Mit Betrübnis sehen wir daher dem Landtagsabschluss entgegen, weil damit wiederum eine Hoffnung begraben wird; die Hoffnung auf ein endliches Einsehen, daß es so nicht weiter gehen kann; denn auch — ehrenamtliche — Stellen, wenn von solchem in der heutigen Zeit überhaupt gesprochen werden kann bedürfen dringend der zeitgemäßen Entlohnung.

Die Gebühr für die Stunde beträgt 2 M. in den Städten, mit Stadtordnung in Gemeinden mit mehr als 4000 Einwohnern 1.50 M., in den übrigen Gemeinden die Stunde 1.25 M. hierzu wird zu sämtlichen Gebühren des Kostengesetzes 100 Prozent Aufschlag gemacht. Inzwischen sind mündliche und schriftliche Verhandlungen eingeleitet worden zwecks Gewährung höherer, der Zeitlage entsprechenden Gebührenerhöhungen; leider aber bisher ohne Erfolg. — Hierzu kommt noch, daß von diesen Stundenvergütungen, sage und schreibe 4, 3 und 2.50 M., in gewissenhaftester Weise pünktlich 10 Prozent abgezogen werden und falls die Gebührenerhöhungen nicht eingeht, auch noch der Abzug für die berechnete Gebühr. — Von einer Urlaubsgewährung oder gar Urlaubbezahlung ist gar keine Rede, obwohl sehr viele Mitglieder dieser Verbände schon seit 1900 und noch länger tätig sind. Von jedem einzelnen wird in seiner Vertrauensstellung, ausgerüstet mit Hoheitsrechten, nicht nur eine Brauchbare, sondern auch eine sehr gewissenhafte, zuverlässige und sehr verantwortungsvolle Arbeit verlangt. Wie man heute noch jemand zumalen kann, insbesondere in den Städten mit einem Stundenverdienst von 3 M. und 60 s und weniger auszuwählen, selbst dann, wenn man dabei statt der gesetzlich vorgeschriebenen Arbeitsstunden, noch mehrere Arbeitsstunden freiwillig hinzusetzt, um seine Lage zu verbessern, ist doch wohl für Verwirrung ein Rätsel. — Der Verband bedauert darum, daß der bad. Landtag wieder einmal auseinander geht, ohne auch hier einmal gründlich nach dem Rechten geschaut zu haben.

An die Lehrerschaft aller deutschen Schulen!

Kollegen!
Junge Leute, kaum der Schule entwachsen, und Gymnasialisten im Anknabenalter, haben unter dem Einfluß einer ungelassenen Verbildung und in blindem Unverständnis dem gegenwärtigen Geistes unserer Väter und Vorfahren ihre Dienste geleistet und unsern Vaterland unersetzlichen Schaden zugefügt. Wer trägt die Verantwortung für die Häufung dieser Untaten?
Die öffentliche Meinung gibt uns deutschen Lehrern die Schuld an der Verbreitung jenes Geistes, der zur Bahnhimmeltat führte. Und wenn man uns die Anklage ins Gesicht schleudert, müssen wir schweigen, denn sie ist begründet.
Euch war eine Jugend anvertraut, die aufgewachsen war unter der furchtbaren Weisheit und Sittenverwilderung des Krieges. Was habt ihr getan, um sie wieder zu staalischer Gesinnung und zum Bewußtsein von der Unverletzlichkeit und Heiligkeit der Gesetze zu erziehen?

Tausende von Euch: Nichts!
Was habt ihr nach dem Ergraberemord, dem aberdunkelsten einer fortgesetzten Kette politischer Verbrechen, getan, um die anvertraute Jugend von dem unheilvollen Erbwahn politischer Mord und Mordaten frei zu machen, als könnten Ideen durch Mordelendel besänftigt werden?

Tausende von Euch: Nichts!
Was habt ihr getan, um die misshandelten Kinder fanatischer Eltern von der Notwendigkeit der Achtung vor der Autorität des zu Recht bestehenden Volksrates zu überzeugen und sie mit der Republik der Idee zu dienen veranlaßt, geistig zu verformen?

Tausende von Euch: Nichts!
Im Gegenteil: Zahlreiche Antisemiten aus Volks-, Mittel- und Hochschulen haben statt dessen durch eigenes schlechtes Beispiel in und außer der Schule den Geist der Misachtung der Republik, ihrer leitenden Männer und ihrer Tugenden in die allzu empfängliche Jugend hineingetragen, und damit den Geist der Antisemitik, der zum Mord führte. Sie mühten sich, daß die monarchistische Propaganda, der sie sich oft hemmungslos ergaben, nicht zum Bürgerkrieg und zum endgültigen Untergang des Vaterlandes führen muß; und brachten doch nicht die Selbstachtung auf, von ihrem Hegelei zu lassen. Sie lagern wir an der schwersten Verfassungsverletzung wider ihr eigenes Volk. Wärdet ihr euch nicht in Freie und Wiederbruch nicht gelernt haben, jetzt endlich schmeigeln lernen?
Aber auch Euch, ihr republikanischen Kollegen, können wir nicht von Vorwürfen freisprechen, die ihr, innerlich auf dem Boden des neuen Staates stehend, aus Anhänglichkeit und ungeliebter Jüdischheit und laufend fadenheiseren Grübeln bisher unserm Vaterland fern gehalten seid! Wie viele Köpfe des geistigen Deutschland sollen noch fallen, bis ihr wachgerüttelt werdet? Wie tief muß unser Vaterland noch ins Elend sinken, bis ihr den Weg findet, wo ihr hingehört? Denn durch Euer Beispiel müßt ihr wirken, bei Kollegen wie Schülern; kein Befehl, keine Macht und keine Anwesenheit, als die hoffnungslose Erkenntnis ihrer Verblendung zu heilen, die sich am besten in ihrer Verblendung und Verfassung stellen zu dürfen!
Darum herein mit Euch in unsere Reihen, zu ehelichen und männlichen Bekennnis zur deutschen Republik!

Der Vorort Freiburg des Republikanischen Lehrerbundes:
Für die Hochschule:
Prof. Dr. Geiß, Prof. Dr. v. Schulze-Gävernitz,
Für die Mittelschule:
Prof. Brensch, Prof. Gerle, Direktor Dr. Hausstrath,
Für die Volksschule:
Hauptlehrer Dörner, Hauptlehrer Hpp, Hauptlehrer Mand.

Bandalismus

A. B. Es ist ein billiges Bourgeois-Vermögen, über den „Anschlag“ loszusprechen, wenn er im Geleise aufreger politischer Ereignisse öffentliche Gebäude stürmt und Bilder und Plakate zerstört, wie es da und dort vorkam. Hingeleitet werden die erregten Menschen ihr vornehmliches Tun sicher bereuen, wenn sie erfahren, daß der Wert der zerstörten Kunstwerke sich nach Millionen beziffert, daß sie dafür ein Schulhaus, ein Krankenhaus, ein Volkshaus hätten bauen können. Aber wenn sie nicht die Hauptplakate, die die Leute sich an Kunstwerken begreifen, deren Wert sie nicht kennen? Wenn anders als das kapitalistische Bürgertum, das in den Schulen, in denen der Geist heute fortgewirkt, dem jungen Menschen nie oder selten etwas von dem Wert solcher Kunstwerke mitteilt? Sollen denn die Schulen etwas übrig für planmäßige Kunstvermittlung? Nicht das geringste. Nicht einmal an den höheren Schulen. Es gibt wenig Mittelschüler, die eine Vertiefung in einem Gebiet unterrichten können. Was darf man da von Volksschülern erwarten? Nur die Lehrerinnen machen eine Ausnahme; aber die demonstrieren nicht. Unter Schulmännern regelt sich im kapitalistischen Jahrhundert und ist nach

den Worten des Gen. Dr. Bohmann, weit davon entfernt, ein wirksames Organ wahrhafter Volksbildung zu sein, nur ein Hilfsmittel der kapitalistischen Produktion zum Zwecke einer elementaren technischen Ausbildung der Arbeitermassen. Was darüber hinausgeht, hält die Schule nicht für wesentlich.

Man leitet die Kinder nicht an zum Betrachten und Genießen der Kunstwerke. Viele Erwachsene schätzen Kunstwerke rein nach ihrem Geldwert. Ein Gefühl für den ideellen Wert, den künstlerischen Wert, die Schönheit des Werkes mangelt ihnen. Es gilt heute noch von der Masse des Volkes gegenüber den Erzeugnissen der Kunst, was Tacitus von den alten Germanen berichtet, deren Fürsten die kunstvollen Silbergeräte, die ihnen römische Gesandte zum Geschenk brachten, zu den gleichen niedrigen Werten verhandeln, wie ihre rohen Tongeschirre. Dem Deutschen ist eben ein Gefühl für Kunstwerke und Kunstwerke nicht anerkennend. Darum sind auch öffentliche Denkmäler, Statuen, Anlagen immer so stark mutwilligen Beschädigungen ausgesetzt, an denen sich zu beteiligen sogar Studenten nicht ihrer Bildungsebene halten. Es ist ein Armutsgewinn für das deutsche Volk, daß überall, wo künstlerisches in der Öffentlichkeit angelegt ist, gleichzeitig eine Tafel prangen muß, die das Publikum um „Schonung“ bittet.

Dieser letzte Bandalismus ist ein roher Zug im Volkscharakter und weist ein großes Licht auf gewisse Mängel unserer Schulbildung, auf die man sich bei uns, wenn etwas zu gut tut. Am Neuen Museum in Berlin plünder in Goldlettern der Spruch: „Artem non odit nisi ignarus“, d. h. „Die Kunst mißachtet nur der Unwissende“. Was hat das monarchisch-kapitalistische Schulwesen getan, um die inebung auf Kunst Unwissenden zu Wissen zu machen? Der Speiser, der auf den Vorhang schimpft und auf seine mangelnde Ehrfurcht vor Kunstwerken, tut unrecht. Er will etwas ernten, was er niemals gesät hat.

Gemeindepolitik

Badischer Gemeindeverband

Heber die Sitzung des Verbandsvorstandes am 28. 6. 22 in Karlsruhe geht uns der folgende Bericht zu: Entwurf eines Gesetzes für die Kreis- und Bezirksverbände. Der Vorstand stimmt der Auffassung der Regierung zu, daß eine grundlegende Änderung der Verwaltungsorganisation heute nicht durchgeführt werden kann, er glaubt aber, daß mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Gemeinden eine allgütliche Vergebung untunlich ist. Bei der kommenden Verwaltungsreform hält er die Verteilung von Körperschaftsrechten an die Bezirke und die Schöpfung von vier Kreisverbänden für erforderlich. Eine Verminderung der Bezirke und eine gänzliche Vereinfachung der Kreise erscheint unmöglich. Die gegenwärtige Gesetzesänderung soll sich unter Verletzung der Kreisverteilung auf eine zeitgemäße innere Ausgestaltung der Kreisverwaltung beschränken. — **Verbot auf dem Lande während der Nachtzeit und 7 Uhr-Abendschlus.** Die schematische Durchführung der Kreisverordnungen hat auf dem Lande zu Unzulänglichkeiten geführt. An den bestehenden Bestimmungen soll zwar grundsätzlich nicht gerüttelt werden, Ausnahmen nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse auszulassen, soll indessen den Gemeindeverwaltungen insbesondere dann überlassen werden, wenn Schüssen nicht beschaffen werden. Durch Vermittlung des Deutschen Landesgemeindevorstandes sind bei der Reichsregierung entsprechende Anträge zu stellen. — **Autoplane.** Die Regierung soll ersucht werden, die Vorschriften über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen streng durchzuführen, da das rasche Fortschreiten der Wirtschaften und wegen der Staubentwicklung zu schweren Gesundheitsbeschädigungen geführt hat. An den Strafverordnungen sollen die Gemeinden häufig beteiligt werden. Die Aburteilung von Fortschreitenden hat sich bisher unerträglich lang hingezogen. Da diese Verordnungen immer größeren Umfang annehmen, soll die Regierung um Beschleunigung des Verfahrens und um strenges Einschreiten ersucht werden. — **Veränderung des Gebäudeversicherungsgesetzes.** Die beschleunigte Einführung von Gebäudeversicherung wird eine große verhältnismäßige Belastung und Verleuerung mit sich bringen. Es sollen bei der Regierung entsprechende Anträge gestellt werden. — **Veratung der Gemeinden in Elektrizitätsangelegenheiten.** Den Gemeinden wird der Aufschub in den Bad. Wassertrassen- und Energievertriebsverbänden in Mannheim, Kaiserweg 46, welcher zur Beratung und Mitwirkung in Elektrizitätsangelegenheiten bereit ist, empfohlen.

Änderung des Unterhaltungswohngesetzes. Eine Verringerung des § 20 H. W. G. in der Weise, daß an Stelle des Dienst- oder Verweilortes der Wohnung der Wohnort angegeben werden. In überwiegender Mehrheit sind die Gemeinden für die gegenseitigen Erleichterungen auf Verträge unter 100 M. zu verzichten. — **Erhöhung der staatlichen Baukosten.** Der Vorstand hält eine übermäßige Erhöhung für erforderlich und stellt entsprechenden Antrag bei der Regierung. — **Bildung des Landesfeuerwehrverbandes in Karlsruhe.** Der Vorstand bedauert lebhaft, daß der Gemeinden des Landes keine einheitliche Vertretung im Landesfeuerwehrverband zustande gekommen ist. — **Erhebung einer vorläufigen Gemeindesteuer für 1922.** Das Vorjahres von 23. 5. 21 über die Erhebung einer vorläufigen Gemeindesteuer für 1922 soll auf das Rechnungsjahr 1922 ausgedehnt werden, da die Veranlagung des Grundbesitzes und der Gewerbebetriebe sich noch einige Zeit hinziehen wird, die Gemeinden aber mit der Steuererhebung nicht mehr warten können. Der Regierung ist Vorlage hierüber zu erstatten. — **Beteiligung der Gemeinden an den Einkommensteuern.** Die endgültige Abrechnung über die Beteiligung von Reich, Land und Gemeinden an den Einkommensteuern verzögert sich bedeutend, den Gemeinden sollen deshalb nach Anrechnung des Finanzamtsinteresses Vorschlagszahlungen bis zur Höhe des garantierten Mindestbetrages laufend zugewiesen werden. Da bei diesen geringen Mindestbeträgen auf die seit 1919 eingetretene Geldentwertung und insbesondere auch auf die in Aussicht genommenen sehr hohen Einkommensteuerverträge keine Rücksicht genommen ist, die Gemeinden aber auf die ihnen zustehenden vollen Anteile angewiesen sind, soll abermals dringender Antrag auf vorläufige Überweisung mindestens des dreifachen Betrages der Garantie summe gestellt werden. — **Beteiligung der Gemeinden an der Kraftfahrungs- und Fahrzeugsteuer.** Der Steuerbeitrag soll den wagen- und straßenunterhaltungsrechtlichen öffentlichen Körperschaften zukommen. Entsprechender Antrag ist bei der Regierung zu stellen. — **Erhöhung der Anteile der Hilfsbeamten bezgl. Gemeinden an den Grundbesitzsteuern.** Mit Rücksicht auf die hohen persönlichen und sozialen Anforderungen der Gemeinden für die staatliche Grundbesitzverwaltung ist die Regierung um Erhöhung der Hilfsbeamtenanteile von ca. 1/4 auf 1/2 der Gesamtgebühren zu ersuchen. — **Gewährung von Reichsgeldzuschüssen zur Gemeindebeamtenentlohnung.** Der Vorstand begrüßt die Bewilligung von Reichsgeldzuschüssen, hält aber die schematische Festsetzung der Höhe nach dem Unterfahrsatz in der Verordnung zwischen dem 1. Oktober und 1. April 1922 für einseitig. Durch den Deutschen Landesgemeindevorstand Gegenanschläge bei der Regierung zu machen. — **Regulierung der Schlichtungsausschüsse.** 1. Die Rat- und Jungmännchen der Reichsbevollmächtigten finden auch auf die Bezirke der Gemeinden Anwendung. Die Frauengulage wird nur den Vollbeschäftigten und unter Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse im einzelnen Falle nur dann gewährt, wenn die Frau im eigenen oder fremden Betrieb nicht erwerbstätig ist. 2. Die Selbstverpflichteten erhalten für den Monat Mai 30 Proz. (statt 65 Proz.) und vom Juni an bis auf weiteres 50 Proz. des allgemeinen Erwerbszuschlages, der Nebenerwerbsschuldigen von 55 Proz. für Mai und von 100 Proz. vom Juni an auf die ersten 10 000 M. (Grundbesitz und Erwerbszuschlag)

wird dagegen ganz gewährt. Vollbeschäftigten Gemeindebeamten sollen indessen in der Regel auch als Selbstverpflichtete sämtliche Zulagen bewilligt werden. Als Vollbeschäftigte gelten nur Beamte mit achtstündiger Arbeitszeit. Als Selbstverpflichtete werden in der Regel diejenigen Beamten angesehen, welche 30 Artertragsfähige landwirtschaftliche Fläche auf den Kopf ihrer unterhaltspflichtigen Familie, mindestens aber 100 Ar bebauen. 3. Die Kinderzulagen werden nur den hauptberuflich Beschäftigten Beamten gewährt. Als hauptberuflich Beschäftigte gelten diejenigen, deren Einkommen vorwiegend aus dem Gemeinbedienst besteht. — **Dienstleistung der uniformierten Gemeindebeamten.** Die Kosten für die Dienstleistung der uniformierten Gemeindebeamten sollen bis auf weiteres, in der Regel zu einem Drittel von der Gemeinde und zu zwei Drittel von den betr. Beamten bezahlt werden. — **Hauptversammlung des Bad. Gemeindeverbandes.** Die diesjährige Hauptversammlung soll im Herbst in der Nähe von Freiburg stattfinden.

Waldbild, 19. Juli. In der letzten Sitzung des Bürgerausschusses gaben die sozialdemokratischen Parteien eine Erklärung ab, wonach sie solange nicht mehr an den Verhandlungen teilnehmen würden, solange noch monarchistische Absichten im Sitzungsprotokoll angebracht seien. Auf den Hinweis des Bürgermeisters, daß aus den städtischen Diensträumen die Wälder aller lebenden Bäume entfernt wären, daß man jedoch aus historischen Gründen und aus Rücksicht im Sitzungssaal das Bild Großherzogs Friedrich I. belassen habe, verließen die Vertreter der sozialistischen Parteien den Sitzungssaal.

Freiburg, 19. Juli. Die Schulden und die Saluta. Geplante durch die damals herrschende Lebensmittelpenurie, bezog die Kreispläne anfall des Kreispreises Freiburg im Herbst 1919 vom Kriegsvorgang Basel-Stadt eine größere Menge Reis, Suppen- und Fleischkonserven und Teigwaren für zusammen 26 298 Schweizerfranken. Die Schuld wurde auf Bürgerpflichtleistung seitens der Rheinischen Kreditbank bis zum Eintritt besserer Kursverhältnisse vorläufig gestundet, zunächst auf ein halbes Jahr, seitdem ist die Stundung immer wieder verlängert worden. Da die Kursverhältnisse sich nicht besserten, versuchte der Kreisauschuss die Schuld durch Ausfuhr von Holz zu tilgen, doch konnte die Genehmigung zur Ausfuhr von den zuständigen Reichsstellen nicht erreicht werden. Inzwischen wurde das Kriegs-Vorgang Basel-Stadt aufgelöst und infolgedessen wiederholt das Ersuchen um Begleichung der Schuld gestellt. Dazu kommt, daß die Bürgerpflichtleistung durch die baldige Entlastung von der Bürgerpflicht gemindert hat. Der Kreis sieht sich daher genötigt, die Schuld in der zu begleichen, was die Aufnahme eines Anlehens notwendig ist. Die dieser Tage stattgefundenen Kreisversammlung hat ihre Zustimmung hierzu erteilt. Es stellt das eine schwere Belastung des Kreises dar, da die obgenannte Schuld ohne die aufgelaufenen Zinsen nach dem heutigen Kalkulationsstand über 2 235 000 M. beträgt.

Jugend und Sport

Bezirkathletenfest des Athletenklub „Einigkeit“ Mühlburg

Nachdem das auf Sonntag, den 9. Juli, anberaumte Fest infolge unzulänglicher Witterung ausfallen mußte, fand es nunmehr am vergangenen Sonntag auf dem Plage zwischen der ehemaligen Dragonerkaserne und dem Ludwig-Wilhelm-Krankenhaus statt. Allerdings machte auch diesmal der Wettergott nicht gerade die schönste Miene; aber dessen ungeachtet fanden sich am frühen Morgen die Teilnehmer der Vereine Pforzheim, Kallat, Ettlingen, Dagsfeld, Gröningen, Darlanden, Neurent, Amlingen, Malsch, 1. Athletenklub, Karlsruhe und Athletenklub Einigkeit Mühlburg auf dem Plage ein, um die Wettkämpfe im Ringen, sowie die Wettkämpfe im Stimmeln auszuführen. Die Wettkämpfe zogen sich bis gegen mittag hin und verliefen ohne jeglichen Zwischenfall. — Nachmittags 2 Uhr begannen die Wettkämpfe im Ringen, bei welchen letzteren nur musterhaftes geübt wurde. Anschließend kamen die Entscheidungskämpfe im Ringen zum Austrag. Die Beteiligung an den Mannschafts- und Einzelkämpfen war eine sehr rege; es beteiligten sich über 300 Konkurrenten, ein Zeugnis dafür, daß die Arbeiterathletenbewegung in unserem Bezirk immer stärker wird.

Nach Beendigung der Wettkämpfe wurde die Preisverteilung vorgenommen. Es waren etwa 30 schöne Ehrenpreise verteilt, sowie eine Anzahl Kränze und Diplome. Wenn auch nicht alle Hoffnungen erfüllt wurden, so muß doch gesagt werden, die Kampftrichter walteten unparteiisch ihres Amtes und es kann ja auch letzten Endes nicht jeder einen Preis bekommen. — Der Besuch des Festes seitens der Arbeiterklasse hätte besser sein dürfen, damit auch die Berufsleute finanziell auf ihre Rechnung gekommen wären; es wäre ihnen dies in Anbetracht der großen Mühseligkeit, die der Verein hatte, wohl zu gönnen gewesen. — Der Athletenklub Einigkeit Mühlburg konnte folgende Ehrenpreise für sich erringen: Meisterschaft Unterstufe: 1. Preis, Ringen; 2. Preis, Ringen; 3. Preis, Ringen; 4. Preis, Ringen; 5. Preis, Ringen; 6. Preis, Ringen; 7. Preis, Ringen; 8. Preis, Ringen; 9. Preis, Ringen; 10. Preis, Ringen. Außerdem eine Anzahl 3., 4., 5., 6., und 7. Preise.

Dagsfeld, 19. Juli. Sonntag, 28. Juli, beginnend nachmittags 1 Uhr, veranstaltet der hiesige Kraft-Sportverein ein sein 1. Stiftungsfest, verbunden mit Austragung eines Wettkampfes mit dem Bruderverein Gröningen, Auführungen von Schülern sowie unter Mitwirkung hiesiger und auswärtiger Vereine. Zu dieser Veranstaltung wird die Arbeiterklasse von hier und Umgebung eingeladen. Der junge Verein hat in dem einen Jahre seines Bestehens gezeigt — hier sowie auswärts — daß er zu jeder Zeit seiner Pflicht als Arbeiterverein bewußt ist. Für geistliche Unterhaltung, sowie Speise und Getränke ist bestens gesorgt. Darum muß am Sonntag die Lösung sein: Auf zum Stiftungsfest des Arbeiterkraft-Sportvereins Dagsfeld. Die Veranstaltung findet im Gasthaus zum Hirsch bei jeder Witterung statt; Saal und prächtiger Garten stehen zur Verfügung.

Aus dem Oberland, 19. Juli. Gute Zweckgerne in Aussicht. Im Gegensatz zu der Meinung von der völligen Misere der Wälder Frühweidungen kann aus dem badischen Oberland erfreulicherweise das Umgekehrte berichtet werden. Im vorigen Jahr hatte das Oberland mit Ausnahme von wenigen Flächen eine ausgesprochene Fehlerte an Zweifeln zu verzeichnen. Heuer aber reist ein Zweifelnreichtum heran, von einer Fülle, von einer Größe, wie er nur selten zu beobachten war. Wie mit Früchten überflutet (stammlich: „gründig“) voll stehen fast überall die Zweifelngebäude. Ja sogar Bäume, die seit 15 und 20 Jahren nichts mehr trugen, wie z. B. im mittleren Wiesental und seinen Abhängen, sind in diesem Jahr mit einer Last Zweifeln bedeckt. Es ist die frühe und aromatische Spätweidung, die hauptsächlich in Oberland gedeiht. Frühweidungen sind im Oberland seltener angepflanzt. Wenn nicht andauernd ungenügend, für die Ausbreitung der Zweifeln schädliche Witterung eintritt, so wird das Jahr 1922 als eines der fruchtbarsten Zweifelnjahre in der Erinnerung fortleben. — Es fragt sich nur, wie „loftbar“ die Zweifeln nun werden. Nach den bisherigen Erfahrungen haben wir wenig Hoffnung, daß von dem Obstreichtum die Masse der Städte etwas erhalten wird. Die Red. d. B.



Vor dem Verderben

durch Schimmel u. Gärung werden alle für den Winter eingemachten Früchte sicher geschützt, wenn man sie mit

Dr. Oetker's Einmach-Hülfe einmacht. Dies ist das einfachste, billigste u. trotzdem ausgezeichnete Verfahren.

1) Packchen von Dr. Oetker's Einmach-Hülfe genügt, um 10 Pfd. eingemachte Früchte, Gelee, Marmelade, Fruchtsäfte, Gurken usw. haltbar zu machen.

Rezepte zum Einmachen umsonst in den Geschäften! Wenn vergriffen, schreibe man eine Postkarte an

Dr. A. Oetker, Bielefeld.



STADTGARTEN
 Sonntag, den 23. Juli, nachmittags von 4 1/2 - 7 1/2 Uhr:
Konzert der Feuerwehrkapelle.
 Leitung: Obermusikmeister a. D. O. Schotte.
 Eintritt: 3 M. (Inhaber von Jahreskarten, 7 M. (Sonstige) einschließlich Lustbarkeitssteuer, Kinder je die Hälfte.
 Vorverkauf: Verkehrsverein, Kiosk beim Hotel Germania u. Stadtgartenschalterkassen. — Bei schlechtem Wetter findet das Konzert in der Festhalle statt.

Befehle, Taschenmesser, Scheren, Rasiermesser
 und Rasier-Apparate, sowie komplette Rasier-Garnituren, Geschen-Artikel u. s. w. empfiehlt in großer Auswahl
Karl Hummel, Werderstr. 13
 Stahlwaren-Geschäft, Rasiermesser-Höflichkeit.

Hüte, Mützen, Sport-Artikel, Schirme, Umformen, Stöcke, alter Hüte
Th. Zenker
 Kaiserstr. 61 gegenüber der Hochschule
 Mützenmacherei Hutmacherei

Knaben-Anzug
 (f. d. Alter b. 10-13 J.) blau samt, wenig gett., zu verkauf. Baumstr. 32, 2. Seitenb., part.

Fahrad-Gebirgs-Mäntel
 erhaltliche Ware, noch frühere Preise. (Fahrt lohnt sich, da selten günstiger Wintertausch.)
Eugen Schaeffer
 Durlach Hauptstr. 81 b. Bahnhof.

Höchste Preise!
 f. getr. Meider, Schuhe, Wäsche, Uniformen, Federbetten etc. zahlt stets
Arzt
 fr. 22 II. Telefon 3980. 4421

Rucksäcke Sporttaschen Reisekoffer Gamaschen Offenhacher Lederwaren
 Geschw. **Kofferhaus Lämmle**
 51 Kronenstrasse 51 4446

feurio
 Die Haushaltseife mit 80% Fett, ganz trocken, daher die Sparsamste.

VEREINIGTE SEIFENFABRIKEN STUTTGART-STUTTGART-UNTERFÖRSTEN

Für den Neubau von 48 Beamtenwohnungen an der Englerstraße in Karlsruhe sollen nach Ministerial-Verordnung vom 3. Januar 1907 vergeben werden:
 Abbrucharbeiten: Rasier-Schuppen, ohne Beschädigung des Materials; Erdarbeiten: circa 1000 cbm; Mauerarbeiten: 5 Lofe; Zementarbeiten: circa 210 cbm; Eisenbetondecken (oder andere Massdecken): circa 1800 qm; Ziermauerarbeiten (heller Sandstein): circa 30 cbm; Kunststeinlieferung: circa 50 cbm; Zimmerarbeiten: 5 Lofe; Polsterarbeiten: circa 1000 cbm; Rundholz liefert die Sandströme; Schindeldarbeiten: circa 1900 kg; Dachdeckung (Ziegel): circa 3000 qm, 5 Lofe; Kleberarbeiten: 5 Lofe.
 Unterlagen im Baubüro, Schloßplatz 3, Zimmer Nr. 8, (Eingang Kronenstrasse) einzusehen, wo auch Angebotsdrucke abgegeben werden.
 Angebote beschließen, höflich und mit entsprechender Aufschrift versehen bis zum Öffnungstermin, 31. Juli 1922, vormittags 9 Uhr, an das Baubüro für den Neubau beim Finanzministerium, Aufschlagstr. 14 Tage. 1367
 Karlsruhe, den 16. Juli 1922.
 Finanzministerium.

Die Gemeindefassung über die Gewährung von Tagelohnern und Beihilfen der Mitglieder der hiesigen Arbeitervereine und der hiesigen Beamten bei auswärtigen Dienstgeschäften ist gemäß § 6 der Gemeindeordnung bis zum 31. d. Mts. im Rathaus (Eingang Hebelstraße) öffentlich bekannt gegeben.
 Karlsruhe, den 18. Juli 1922.
 Der Oberbürgermeister. 1360

Rastatter Anzeigen.
Sozialdem. Partei Rastatt.
 Am Samstag, den 22. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Lindenbaum“, eine
öffentl. Versammlung
 statt. 11689
 Arbeitsminister Dr. Engler spricht über das Thema:
 „Deutschlands wirtschaftliche und politische Lage.“
 Jedermann hat Zutritt. Freie Aussprache.

Reichsbund der Kriegsbefehlshabenden, Kriegsteilnehmer u. Kriegshinterbliebenen Kreisgruppe Rastatt.
 Das bestellte Holz wird im Laufe der Woche am Osterbahnhof verteilt. Die Besteller werden einzeln benachrichtigt und müssen am gleichen Tage das Holz in Empfang nehmen.
 Heber das nicht abgeholt Holz wird sofort anderweitig verfügt.
 11613
 Der Vorstand.

Mehrere
Werkzeug-Macher
Werkzeug-Schleifer u.
Einrichter für Fräseerei
 für sofort gesucht
Dianawerk, Mayer & Grammelspacher
 Rastatt/Baden. 11610

Paul Mühlenhaupt, Rastatt
 Delikatessen und Lebensmittel
 Kapellenstraße 3 Telefon 526
 Große Auswahl in nord- und süddeutschen Warstwaren, Aufschnitt, Eier, Butter, Käse, Fischmarinaden, Wein, Kognak, Liköre, Tee, Kakao, Kaffee, Keks, Pampelnkuchen und Roggenschrotbrot. Fst. Xox Keks. — Neue Mäjesherlinge

Eden-Licht-Spiele
 Kaiserstr. 5 Durlacher Tor.

Ab heute bis Montag I. Teil
 Auf vielseitigen Wunsch wieder einen großen amerikanischen Episoden-Film
5 Teile — 30 Akte

Feuerkreis von Kalifornien
 I. Teil:
Das Abenteuer einer Mitternacht
 6 Akte. — Sensationell, Nervenaufregend
 Noch stärker als „Der Rote Handschuh“
Aufgepaßt! Die Fortsetzung folgt jeden Freitag und Montag, d. h. zwei Episoden werden jede Woche vorgeführt

Trotz des großen Schlagers bringen wir auf vielseitigen Wunsch den
 II. Teil und Schluß von
HARRY PIEL
Unus der Weg in die Welt
 7 Akte — Sensation ohne Ende — 7 Akte

Flaschen kauft
 1/2 Liter Weinsflaschen 6.— M.
 Bordeaux „ 4.— M.
 Sekt- „ 2.— M.
 sowie jede andere Sorte, auch kleinste Quantum wird abgeholt. Offerten unter Nr. 4456 an das Volksfreundbüro erbeten.

Anzüge, Soppen,
 Hosen, all. Art, Drills, Mittel u. Spitzen, Arbeitskleiden, Unterhosen u. Schuhwaren, billig, bei
Arzt
 fr. 22, II. St. 4422

Bucherer
 empfiehlt
Geffügel-Vackfutter
Rüchen-Backfutter
Körner-Futter
Sirje
 geschäft und ungehört.
Bucherer
 in sämtlichen Filialen
 4413

Reparaturen an Uhren, Gold- und Silberwaren
Carl Zepfel, Uhrmacher, Morgenstr. 12.

Offenburger Anzeigen.
 Der Stadtrat hat gemäß § 7 der Ausführungs-Verordnung zum Reichsammengesetz einen Witzenspruch gebildet, der sich wie folgt zusammensetzt:
 Oberbürgermeister a. D. Hermann, Vor- sitzender; Rammann, W. Wagner; Privatier A. Siefert; Privatier H. Wasler; Politischer A. Schwarz; Gewerkschaftsbeamter K. Verl.; Privatier G. Hoppe, Stellvert.
 Offenburg, den 19. Juli 1922.
 Stadtrat.

Einladung.
 Die verehr. Mitglieder des Bürgerausschusses berufe ich hiermit zu einer Sitzung auf
Donnerstag, den 27. Juli 1922,
 nachmittags 4 Uhr,
 in den Bürgeraal. Mit der Feststellung der Tages- ordnung an die einzelnen Mitglieder wird heute begonnen.
 Offenburg, den 19. Juli 1922.
 Der Oberbürgermeister.

Der Zinsendienst der tschechoslowakischen Wertpapiere
 Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Zeit für die Vorlegung der tschechoslowakischen Wert- papiere an die Finanzämter nach der Bekanntmachung vom 17. Mai 1922 (Reichsgesetzblatt Teil II, Seite 135) mit dem 31. d. Mts. abläuft. Die amtlichen Nach- tragverzeichnisse können vom Landesfinanzamt be- zogen werden.
 Karlsruhe, den 17. Juli 1922.
 Landesfinanzamt
 Abteilung für Werts- und Wertpapiere
 Dr. G. L. M. a. n.

Städt. Konzerthaus
 Leitung: Direktor Adalbert Steffler.
 Heute Freitag abends 7 1/2 Uhr 4402
 Vorstellung für Verein Volksbühne J 10
Alt Wien.
 Morgen Samstag abends 7 1/2 Uhr
M. scottchen.
 Sonntag, den 23. Juli nachm. 3 1/2 Uhr und abends 7 1/2 Uhr
Mascottchen.
 4401

Gebrüder Scharff
 Wir empfehlen:
Limburger Käse
 Pfund 60.—
Büchsen-Milch
 gez. und ungez.
 Dose
 24.- 29.- 34.-
 4400

Sandalen
 in versch. Ausführungen, schwarz und braun in Ia Qualität
 preiswert
 Reformhaus Neubert
 Kaiserstraße 118

Steppdecken
 sehr billig
 in Ia Satin mit Halbwool-Füllung
 - weicher Schafwool-Füllung
 - Daunen
 Reformhaus
Neubert
 Kaiserstraße 118

Grammophonplatten
 (erschrockene u. abgeplattete) taugt zu höchsten Preisen eventl. auch Umtausch
Musikhaus Weiss
 Durlach Hauptstr. 51, Telef. 458
 alle Art
 liefert
 Buchdruck, Volksfreund
 Buchdruck 24.

Gaggenau.
 Zum 1. August d. J. werden
3 Zeitungsträgerinnen
 für die Zustellung des „Volksfreund“ in Gaggenau gesucht.
 Bewerbungen sind an Herrn Josef Bül- ler, Badstr. 8 in Gaggenau zu richten.
Berlag des Volksfreund
 West & Co.